

Intelligenz ohne Verstand und Gefühl

Wenn Sie die vorliegende Ausgabe des Hessischen Ärzteblatts in Händen halten, werden wir alle das Ergebnis der Bundestagswahl kennen. Aus jetziger Sicht vermag ich es noch nicht so recht, mir vorzustellen, wie die Demokratie durch das Wahlergebnis gestärkt werden kann. Auch die Zusammensetzung einer möglichen Regierungskoalition wird dann vermutlich noch völlig offen sein. Doch eines ist klar: Um unser Land voranzubringen und die zahllosen Herausforderungen zu bewältigen, darf es nicht so bleiben wie in den letzten Jahren. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog sagte in seiner Berliner Rede 1997: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.“ Treffender kann man es auch im Jahr 2025 nicht formulieren. Unabhängig von deren Zusammensetzung gilt für die deutsche Ärzteschaft unverändert ihr 2024 auf dem Deutschen Ärztetag in Mainz klar und eindeutig beschlossenes Bekenntnis zu Demokratie, Pluralismus und Menschenrechten: „Für jede Ärztin und jeden Arzt gilt das Genfer Gelöbnis. Wir versorgen Patientinnen und Patienten unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, sozialem Status oder sexueller Orientierung medizinisch. Das Zusammenwirken von Ärztinnen und Ärzten aus verschiedenen Nationen und Kulturen bereichert die ärztliche Arbeit, es ist unerlässlich für die gemeinsame Gewährleistung der Patientenversorgung, für wissenschaftliche Exzellenz und medizinischen Fortschritt.“

Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, bedarf es jedoch nicht allein des guten Willens, sondern auch einiger anderer Voraussetzungen, darunter einer ausreichenden Finanzierung. Mit der Ende Januar noch vom alten Bundestag verabschiedeten abgespeckten Fassung des ursprünglich geplanten Gesundheitsversorgungstärkungsgesetzes wird die hausärztliche Versorgung entbudgetiert. Ein wichtiger Schritt, dem jedoch noch weitere Schritte folgen müssen. Die neue Regierung muss nun zügig auch die fachärztliche Versorgung entbudgetieren, ganz zu schweigen von einer verlässlichen (Zwischen-)Finanzierung der Krankenhäuser. Bis das Krankenhausverbesserungsgesetz – zumal die neue Regierung hoffentlich noch notwendige Korrekturen vornehmen wird – greifen wird, wird noch einige Zeit ins Land gehen.

In der Zwischenzeit sind am 2. Februar in der Europäischen Union (EU) neue Regeln für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) in Kraft gesetzt worden. Das KI-Gesetz der EU (AI Act) verbietet KI-Systeme, die „unannehmbare Risiken“ für die Sicherheit, Gesundheit oder Grundrechte darstellen, außer wenn es um die „nationale Sicherheit“ geht. Die genaue Auslegung dieses Gesetzes wird mit großer Sicherheit noch viele Fragen aufwerfen genau wie die vergleichsweise neue Technik selbst. Am 16. Januar weckte die Überschrift „KI-Systeme zeigen in neuropsychologischen Tests Zeichen kognitiver Beeinträchtigung“ auf aerzte-

blatt.de sofort mein Interesse. Eine israelische Arbeitsgruppe hatte verschiedene Large Language Models mit Hilfe des Montreal Cognitive Assessment Tests auf ihre kognitiven Fähigkeiten überprüft. Es wurde berichtet, dass alle Modelle beim Zeichnen eines Ziffernblatts mit einer bestimmten Uhrzeit oder auch bei visuell-räumlichen Fähigkeiten schwach abschnitten. Nicht ganz unerwartet waren die Chatbots zudem kaum in der Lage, Empathie zu zeigen oder komplexe visuelle Szenen richtig zu interpretieren. Auch wenn diese Studie ein Schmunzeln hervorruft, so zeigt sie doch, dass gerade Ärztinnen und Ärzte den durchaus bemerkenswerten Resultaten künstlicher KI nicht uneingeschränkt vertrauen dürfen. Wir müssen auch in Zukunft lebenslang lernen, nicht nur, um dem medizinischen Fortschritt zu folgen, sondern auch um die Ergebnisse von KI-gestützten Anwendungen richtig einordnen zu können, zumal eine stetig steigende Zahl von Patientinnen und Patienten sich vorab mit Hilfe von KI informiert. Doch nicht die KI trägt die Verantwortung für Diagnose und Therapie, sondern die behandelnden Ärztinnen und Ärzte. Ein gesunder, wissenschaftlich geschulter Menschenverstand gepaart mit Empathie, Herzensbildung und Mäßigung bleibt auch in Zukunft unerlässlich. Unsere Patientinnen und Patienten wissen das zu schätzen.



Foto: Peter Jülich

Dr. med. Edgar Pinkowski
Präsident